Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Gutshabholung von der Druckerei wöchentlich 20 Pfg., monatlich 70 Pfg., vierteljährlich 2,10 Mk., durch unsere Austräger zugetragen monatlich 80 Pfg., vierteljährlich 2,40 Mk., bei den deutschen Postanstalten vierteljährlich 2,40 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebs der Zeitungen, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Inserent in den obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. / Einzelverkaufspreis der Nummer 10 Pfg. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verlag, die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle. / Anonyme Zuschriften werden unberücksichtigt. / Berliner Vertretung: Berlin SW. 68.

Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts- Blatt

für die Königliche Amtshauptmannschaft Meißen, für das Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Königliche Forstrentamt zu Tharandt.

Inseratenpreis 25 Pfg. für die siebengespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis 15 Pfg., Reklamen 45 Pfg., alles mit 50% Teuerungszuschlag. Zeitraub und tabellarischer Satz mit 50% Aufschlag. Bei Wiederholung und Jahresumsätzen entsprechender Nachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Spaltzeile 60 Pfg. bar, 45 Pfg. / Nachweisungs- und Offertengebühr 20 bzw. 30 Pfg. / Telephonische Inseratenaufgabe schließt jedes Reklamationsrecht aus. / Anzeigenannahme bis 11 Uhr vormittags. / Beilagengebühr das Tausend 6 Mk., für die Postauflage 7 Mk. / Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr geleistet. / Gerichtl. Planvorschrift 25% Aufschlag ohne Rabatt. / Die Anzeigenpreise und Rabattsätze haben nur bei Barzahlung binnen 30 Tagen Gültigkeit; längeres Ziel, gerichtliche Einziehung, gemeinsame Anzeigen verbieten. Inseraten bedingen die Berechnung des Preis-Zeilenpreises. / Gehen nicht schon früher ausdrücklich oder stillschweigend als Erfüllungsort Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Annahme der Rechnung, falls nicht der Empfänger innerh. 8 Tagen, vom Rechnungstage an, Widerspruch erhebt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Nr. 12. | Dienstag den 15. Januar 1918. | 77. Jahrg.

Der amtliche Teil befindet sich auf der 4. Seite.

Bevorstehende wichtige Entscheidungen in Berlin.

Truppen oder Lebensmittel?

Die Westmächte sind bald so weit, wie Herr Wilson sie haben will, oder vielmehr: sie sind schon in voller Abhängigkeit von Washington. Wie Italien seine einzige Rettung von Frankreich und England erwartet, so setzen diese beiden Genossen ihre letzte Hoffnung auf den großen Bruder jenseits des Atlantischen Ozeans, von dem sie sich und ihren betörten Völkern einreden, daß er sie vor dem unerbittlich herannahenden Schiffbruch ihrer gesamten Kriegspolitik bewahren könne. Und Wilson hat gewiß redlich dazu beigetragen, diesen Irrwahn in ihnen großzuziehen und zu befestigen. Jetzt aber, wo die Sache allmählich anfängt, etwas dringlich zu werden, kommt die erste Enttäuschung. Die Verbündeten sahen schon im Geiste ungezählte Dampfer über das Große Wasser heraneilen, die ihnen einen Tag um den andern Lebensmittel und Rohstoffe, überhaupt Kriegsbedarf aller Art zuführen, gleichzeitig aber auch die unabsehbaren Scharen der heldenmütigen amerikanischen Armee nach Europa bringen und sie hier mit allem Notwendigen dauernd versorgen würden. Statt dessen, was geschieht? Der gute Reuter muß wieder einmal etwas Wasser in den Wein der Begeisterung schütten. Er berichtet aus Washington, daß vor allem die Lebensmittelknappheit in Europa der amerikanischen Regierung Herzbeklemmungen verursache. Sie könne dem Elend, das ihre Verbündeten bedrohe, nicht untätig zusehen. Obwohl der normale für die Ausfuhr zur Verfügung stehende Überschuß ihrer Lebensmittelvorräte schon Mitte Dezember verschifft worden sei — wieviel tausende von Tonnen inzwischen wohl schon den Meeresgrund erreicht haben mögen? — wolle sie deshalb noch weitere neunzig Millionen Bushels Weizen zur Verladung freigeben, selbst auf die Gefahr hin, daß in Amerika vor der nächsten Ernte Mangel an Mehl eintreten sollte. Was tut ein edelmütiger Amerikaner nicht alles für seine teuren Bundesgenossen? Er wird eben sparen, hungern sogar, wenn es nicht anders geht, und Herr Wilson ist schon dabei, die gesetzliche Einführung weizenloser Tage zu bewirken und die Verwendung von gemischtem Mehl und Kriegsbrot vorzuschreiben. Aber — das dicke Ende kommt auch diesmal pünktlich nach: es fragt sich natürlich, ob durch diese neuen Abmachungen die Vereinbarungen des berühmten Einheitskriegsrats über den Transport amerikanischer Truppen nach Europa beeinträchtigt werden muß. Ein schwieriger, ein kitzlicher Punkt. In der Hauptsache, entscheidet die Weisheit des Washingtoner Diktators, muß es den Verbündeten selbst überlassen bleiben; mögen sie bestimmen, was ihnen lieber ist: Brot oder Soldaten. Reuter wird indessen durch seine bekannte Gewissenhaftigkeit, durch seinen unüberwindlichen Wahrheitsdrang gezwungen hinzuzufügen, daß „einige Beamte der amerikanischen Regierung" der Ansicht seien, die Verbündeten würden augenblicklich die Verschiffung von Lebensmitteln der Verschiffung von Truppen vorziehen. Ein Wink mit dem Zaunpfahl, der in London und in Paris gewiß nicht mißverstanden werden wird.

Kann es eine glänzendere Rechtfertigung unserer U-Boot-Politik geben, als dieses klägliche Eingeständnis der amerikanischen Ohnmacht? Es reicht nicht mehr hin und nicht mehr her mit dem Frachtraum der Entente, und es ist so gekommen, wie unser Admiralstab immer vorausgesagt hat: wir zehren am Lebensmark der feindlichen Koalition, an ihrer Tonnage, und zwingen sie zu wählen zwischen den Bedürfnissen der Kriegführung und denjenigen ihrer Wirtschaft. Beiden zu genügen, werden sie mehr und mehr außer Stand gesetzt, das eine geht, je länger sie den Krieg hinziehen, desto mehr nur noch auf Kosten des andern, und so muß es schließlich dazu kommen, daß ihr gewaltiger Bau an innerer Entkräftung zugrunde geht. Die Westmächte wären schon längst auf diesem unfehlbaren Wege zusammengebrochen, wenn ihnen nicht die Vereinigten Staaten im vorigen Jahre zu Hilfe gekommen wären. Wir haben uns dadurch in unserer Haltung nicht beirren lassen, und jetzt werden auch die Zweifler von damals einsehen, daß wir recht daran getan haben. Die Westmächte wissen ganz gut, was ihnen nach der Stillegung unserer Ostfront bevorsteht, und trotzdem müssen sie wählen zwischen militärischer und wirtschaftlicher Hilfe von jenseits des Großen Ozeans. Oder vielmehr: sie haben nicht einmal die Wahl. Herr Wilson gibt ihnen deutlich genug zu verstehen, daß er es lieber sehen würde, wenn sie zunächst einmal den bevorstehenden Ansturm der Barbaren mit eigenen Kräften abwehrten; danach, wenn sie sich dabei hübsch brav benommen hätten, würden seine Leute sich gern auf die Strümpfe machen. Inzwischen sei es besser, sie ließen sich weiter mit Getreide versorgen, denn was nütze der schönste Sieg, wenn man nichts zu essen habe. Und sollten sie — wider Erwarten selbstverständlich — nicht siegen, nun dann wären die amerikanischen Divisionen ja auch noch da; die würden schon alles wieder gut machen. Daß die neunzig Millionen Bushels Weizen nebenbei auch wieder frisches Geld ins Land bringen, tut natürlich nichts zur Sache; das läßt sich leider nicht ändern. Aber unter Brüdern macht es ja auch nicht den geringsten Unterschied, wer das Geld hat; wenn es nur überhaupt im Kasten klingt. Und es klingt!

Nun ja, die erste große Enttäuschung. Sie trifft die Westmächte in einer ohnedies sehr kritischen Lage. Um so getroster können wir den kommenden militärischen Ereignissen entgegensehen.

•

Das amerikanische Heer.

Vor dem Kriegsuntersuchungsausschuß des Senats der Vereinigten Staaten gab Kriegsminister Baker eine Darstellung der Kriegsvorbereitungen der Union. Er sagte u. a.: Amerika habe in Frankreich eine Armee wesentlicher Stärke, die bereit sei in Tätigkeit zu treten. Waffen modernster Art seien für jeden Mann vorhanden, der 1918 nach Frankreich entsandt werden könne. Es ständen im ganzen etwa 1½ Millionen Mann im Felde oder in Ausbildung zum Teil in Amerika, zum Teil außer Landes. Die Luftschiffahrt bestand am 1. Januar 1918 aus 3900 Offizieren und 82 120 Mann. Dieses echt amerikanische Spiel mit Zahlen, das eine Drohung für den Vierbund sein soll, nimmt sich im Lichte der Reutermeldung recht komisch aus. Wohlweislich wirft Minister Baker alles unter- und durcheinander und vor allem schweigt er sich darüber aus, daß von den 1½ Millionen Mann der weitaus größte Teil — in der Heimat, auf — den Philippinen oder auf Kuba ist. Wie sie nach Frankreich zu kriegen sind — diese Kardinalfrage hat auch Baker nicht gelöst.

Der Krieg.

Der letzte deutsche Luftangriff auf London.

Wie aus London gemeldet wird, sind bei dem deutschen Fliegerangriff auf London am 6. Dezember nach amtlichen Mitteilungen 19 Brände ausgebrochen. Über 30 Gebäude wurden hierdurch vernichtet. Der Polizeibericht verzeichnet 44 Tote und 102 Verwundete. Ein englisches Marineflugzeug ist bei der Verfolgung der Flieger westlich von Margate abgestürzt.

•

Neue Finanzmaßnahmen in Rußland.

Die Staatsschuld für nichtig erklärt.

Aus Fachkreisen wird uns geschrieben:

In Meldungen, die die Petersburger Telegraphen-Agentur und das Reuterbureau in die Welt hinausgehen lassen, wird wieder einmal erklärt, daß der russische Staat sozusagen seinen Bankerott anmeldet. Einesteils soll die Bezahlung von Kupons und Dividendenscheinen bis auf weiteres verboten sein, anderenteils soll die russische Staatsschuld, soweit sie sich in ausländischer Hand befindet, völlig, soweit sie sich in russischen Händen befindet, zum größten Teil für ungültig erklärt werden, und schließlich soll der Handel mit Wertpapieren ganz allgemein verboten werden.

Es ist nicht zu bezweifeln, daß die jetzt am Ruder befindliche Partei in Rußland, wenn sie könnte, derartige Pläne gern in die Wirklichkeit umsetzen würde, und es ist auch durchaus nicht unwahrscheinlich, daß der Rat der Volkskommissare tatsächlich ähnliche Verordnungen erlassen hat oder noch erläßt, aber man darf nicht vergessen, daß auch für Rußland nach Abschluß des Krieges eine Zeit kommen wird, in der sich die Verhältnisse im Lande konsolidieren und in der es vor allem das Kapital des Auslandes brauchen wird. Deshalb ist es durchaus unwahrscheinlich, daß sich derartige Verordnungen tatsächlich und im vollen Umfange in die Wirklichkeit werden übersehen lassen können, ganz abgesehen davon, daß einzelne von ihnen, wie z. B. das Verbot des Wertpapierhandels selbst mit der größten Mühe gar nicht überwacht werden können. Für alle ausländischen Gläubiger des Landes werden ja die Vorgänge der letzten Jahre eine Mahnung gewesen sein, die dahingeht, daß man den Besitz an russischen Werten keineswegs als vollwertig ansehen darf. Auf der anderen Seite sind aber auch die neuesten Verordnungen durchaus nicht geeignet, in ernsthaft prüfenden Kreisen den Eindruck zu erwecken, als ob alle Forderungen an und in Rußland nun glattweg wertlos wären; man wird sich im Gegenteil zweifellos davor hüten müssen, angesichts derartiger Meldungen, die sich sicher noch oft wiederholen werden, den Kopf zu verlieren. Und was schließlich und vor allem die deutschen Besitzer russischer Werte angeht, da wird, das kann nur immer wieder neu betont werden, das letzte Wort über den Wert unserer Forderungen im Friedensvertrage gesprochen werden. Angesichts der deutlich ausgesprochenen Ansicht der deutschen Unterhändler, die privatrechtlichen Verhältnisse möglichst wieder so herzustellen, wie sie vor dem Kriege waren, ist sicher damit zu rechnen, daß auch für diese Forderungen in irgendeiner Weise vorgesorgt werden wird.

•

Einvernehmen zwischen Finnland und Petersburg.

Wie aus Stockholmer unterrichteten Kreisen versichert wird, besteht zwischen dem finnischen Senat als vorläufiger Regierung Finnlands und der Petersburger Bolschewiki-Regierung das beste Einvernehmen, nachdem es in den letzten Tagen gelungen ist, gewisse Mißverständnisse über die gegenseitigen Absichten auf Einmischung in die inneren Verhältnisse des Nachbarstaates wegzuräumen.

Wieder eine neue Republik.

Aus Rostow wird gemeldet, daß in diesen Tagen die Verkündigung einer unabhängigen Republik der Dongegend erfolgen wird. Bei der Kabinettsbildung wird Kaledin vermutlich den Vorsitz und das Kriegsministerium übernehmen.

•

Die verratenen Bundesgenossen.

Die russische Kolonie in Lausanne erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß die Russen in Frankreich von der Bevölkerung außerordentlich schlecht behandelt und in Bann erklärt werden. Das Leben für sie ist gegenwärtig in Frankreich ein wahres Märtyrertum. Dazu sind Nachrichten eingelaufen, daß auch neuerdings wieder unter den Mannschaften der russischen Hilfstruppen, die in Frankreich isoliert gehalten werden, zahlreiche Erschießungen vorgenommen wurden.

Schreckensherrschaft in Estland.

Die „Rigaer lettische Zeitung" veröffentlicht einen Artikel, der sich mit den Zuständen aus dem estländischen Gebiete hinter der russischen Front befaßt. Der Artikel spricht die schlimmsten Befürchtungen aus und schließt: „Was kann der Einwohner an einer Selbstbestimmung für Interesse haben, wenn er ausgeraubt, zum Bettler gemacht oder gar abgeschlachtet wird. Hauptsächlich bedarf er der Sicherheit für Leben, Leib und Eigentum. Wofür ist denen, die die Macht haben, eigentlich das Schwert gegeben? Soll man warten, bis die baltischen Provinzen zur Einöde gemacht sind, die sich in der Gewalt von Deserteuren und entlaufenen Sträflingen befinden? Wir haben deshalb nur einen Ruf, eine Bitte: Unverzüglich strenge Schritte der Militärmacht zum Schutz gegen Gewaltlatt!

•

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Bildung von Sonderkommissionen.

Brest-Litowsk, 12. Januar.

Im Sinne des in der gestrigen Vollsitzung gefaßten Beschlusses traten Abordnungen der Delegationen Deutschlands, Österreich-Ungarns und Rußlands zu einer Besprechung zusammen. Es wurde vereinbart, daß die von der russischen Delegation am 27 Dezember 1917 vorgeschlagene Kommission zur Beratung der politischen und territorialen Fragen gebildet werden solle, und daß zugleich mit den Beratungen dieser Kommission Vorbesprechungen der Fachreferenten der einzelnen Delegationen über die Regelung der wirtschaftlichen und rechtlichen Fragen stattzufinden hätten. Es wurde des weiteren vereinbart, daß die ersterwähnte Kommission am 11. Januar vormittags 10 Uhr ihre Beratungen beginnen sollte.

Lenin über die deutsch-russischen Handelsbeziehungen.

Nach einer Meldung des „Djelo Naroda" erklärte Lenin auf eine Anfrage des Verbandes der russischen Seeleute, daß es gänzlich ausgeschlossen sei, daß Rußland die Handelsbeziehungen nach Friedensschluß in der Form, wie sie vor dem Kriege bestanden, wieder aufnehmen werde. Weder der Handelsvertrag von 1904, noch der Vertrag mit der sogenannten „Meistbegünstigungsklausel" werde den Rahmen für den neuen Handelsverkehr Rußlands bilden. Rußlands künftiger Handelsverkehr werde sich einzig auf sozialistischen Grundsätzen aufbauen. Eine besondere Kommission arbeite bereits an der Ausfertigung der gesetzlichen Grundlagen für diesen, auf sozialistischen Theorien basierenden Handelsverkehr. Der Rat der Volkskommissare verspreche sich von der konsequenten Durchführung der sozialistischen Grundsätze im internationalen Handelsverkehr Rußlands eine entsprechende Waffe im Kampf gegen den internationalen Kapitalismus.

SLUB Wir führen Wissen.

Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF